Nummer 447

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: A. Killisch v. Horn, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 5000000 Mk. 69. Jahrgang Mittwoch, 26. September 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55-56 GRUNDSTÜCKE

Kabinettsrat in London.

Hauptthema Deutschland.

London, 26. September.

Reuter erfährt, daß das Hauptthema, das auf der heute stattfindenden Sitzung des Kabinetts zur Erörterung gelangen wird, die Lage in Deutschland sein werde. Baldwin werde eine Darlegung seiner Unterredungen mit Poincaré geben.

In der Reutermeldung heißt es dann weiter: Die Lage wird erst im Lichte der Aufgabe des passiven Widerstandes erörtert werden. Es scheint gegenwärtig nicht sehr bekannt zu sein, welche Schritte die französische Regierung unternehmen wird, wenn einmal der passive Widerstand endgültig zu Ende ist. Es wird jedoch angenommen, daß die französische Regierung an ihrer Absicht festhalten wird, das Ruhrgebiet progressiv im Verhältnis zu den von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen zu räumen, ferner daß die französische Besetzung einen unsichtbaren Charakter annehmen wird. Es besteht keinerlei Grund zu der Annahme, daß die französische Regierung ihre Reparationsforderungen in Höhe von 26 Milliarden in A- und B-Bonds abändern oder ihr Bestehen auf Empfang in C-Bonds der Summe aufgeben wird. Zweifellos wird die französische Regierung fordern, daß die gesamte Reparationsfrage von neuem unter die Kontrolle der Reparationskommission gestellt wird, die eingehend Deutschlands Zahlungsfähigkeit untersuchen und die Summe sowie den Zeitpunkt der Bezahlung festsetzen wird.

Frankreichs Zauderpolitik.

TU Paris, 26. September.

Die weiteren Nachrichten über die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet werden nicht nur in offiziellen Kreisen, sondern auch in der Presse mit großer Gelassenheit aufgenommen. Nach Eindrücken, die man von interessierten Persönlichkeiten erhält, besteht nicht die Absicht, den Beginn von Verhandlungen beschleunigen zu wollen, sondern man ist stets darauf bedacht, sich keine vorzeitigen Zugeständnisse abringen zu lassen. In Unklarheit der zu ergreifenden Schritte und in dem Wunsche, Zeit zu gewinnen, macht man geltend, daß Deutschland lediglich in einer abstrakten Ankündigung bekannt macht, den passiven Widerstand einzustellen, und daß erst einmal Schritte deutscherseits abgewartet werden müßten, an denen man die Einstellung des passiven Widerstandes erkenne. Der Reichskanzler stehe auf dem Standpunkt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes zu Unrecht erfolgt sei. Er verkünde das Ende des passiven Widerstandes nicht, weil er die Sinnlosigkeit desselben einsehe, sondern nur um bei besserer Gelegenheit den Franzosen eine andere Schlacht zu liefern. (!)

Der nächste Schritt.

EP Paris, 26. September.

Poincaré ist am Dienstag von Sampigny nach Paris zurückgekehrt. Dem „New York Herald" zufolge wird sich Poincaré heute mit Mitgliedern des Kabinettes über die Lage an der Ruhr beraten. Nach Erklärungen in Regierungskreisen setze man als nächsten Schritt eine offizielle Unterredung Stresemanns mit dem französischen und englischen Botschafter in Berlin voraus, bei der die Einstellung des passiven Widerstandes angezeigt würde. Auch die Ernennung eines neuen deutschen Botschafters in Paris betrachte man als wahrscheinlich. Man erklärt aber, daß Frankreich nur in Uebereinstimmung mit England und Italien Schritte unternehmen kann. Sobald aber die Widerstandsdoktrinanzen entweder durch eine Regierungsverordnung oder Parlamentsbeschluß zurückgezogen worden seien, könnten die Unterhandlungen beginnen.

Die Meinung der Pariser Presse.

Paris, 26. September.

Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit der Entscheidung, die gestern abend in Berlin getroffen wurde. Diese Entscheidung wurde durch eine Havas-Meldung bekannt gegeben.

„Petit Parisien" schreibt, die Entscheidung sei um so bedeutsamer, als der Vertreter Bayerns entgegen gewissen Voraussagen mit den anderen Staatsministern gestimmt habe. Danach, daß Bayern, das Land des Nationalismus, das Ludendorff eine Zuflucht gegeben habe, sich einverstanden erklärt habe, sei der Umfang der Bewegung zugunsten der Wiederaufnahme harmonischer Beziehungen mit Frankreich und Belgien zu bemessen. Allerdings müsse man hinzufügen, daß die Einstellung des passiven Widerstandes nicht bedeute, daß das Einverständnis mit Frankreich und Belgien im Begriffe sei, sich zu vollziehen.

„Matin" sagt, wenn die auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten in das Communiqué eingeführte Ergänzung einen letzten Verhandlungsversuch darstelle, dann sei es sehr ungeschickt, denn weder Poincaré noch Theunis würden zulassen, daß man sich in letzter Stunde auch nur eine scheinbare Bedingung stellen läßt.

Egler & Co., Bankgeschäft, Berlin C. 2, An der Schleuse 9. Zentrum 1798, 7765

An das Deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. Ueber 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, hunderte schmachten noch in Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese, dem Deutschen Reiche in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigenderem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiet duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verstoßenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte. Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche loslöst. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zunichte machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist!

Berlin, den 26. September 1923.

Der Reichspräsident
Ebert.

Die Reichsregierung
Dr. Stresemann. Schmidt. Dr. Geßler. Dr. Brauns. v. Raumer. Dr. Radbruch.
Oeser. Dr. Luther. Sollmann. Dr. Hilferding. Fuchs. Dr. Höfle.

* * *

Der Kampf abgebrochen! Das bittere Wort geht jetzt amtlich in alle Welt. Aber gleichzeitig besteht die Gewißheit, daß der uns aufgezwungene „Krieg nach dem Frieden" zur Rettung unseres Reiches und unserer politischen und wirtschaftlichen Zukunft auf anderem Boden fortgesetzt wird. Die verantwortlichen Männer, die alle Umstände kennen und aus intimster Kenntnis wissen, wie die augenblickliche Lage des Reiches und des Ruhrgebietes ist, sind überzeugt, daß so wie bisher nicht weitergekämpft werden kann, und sie übernehmen voll die Verantwortung für das Abblasen. Die innenpolitische Auseinandersetzung über die Frage, ob der Ruhrkrieg mit der nötigen und möglichen Umsicht und Voraussicht geführt worden ist, wird kommen. Heute ist es wichtiger, an die Zukunft zu denken, und da haben wir authentisch erfahren, daß der Reichskanzler sich nicht die leisesten Illusionen über all das Schwere macht, das unserem Volk jetzt bei der Auseinandersetzung mit den Alliierten und Assoziierten — um diese handelt es sich, nicht um Belgien, Frankreich und Italien allein — bevorsteht. Die Regierung hat keinerlei Zusicherungen von irgendwelcher Seite erhalten, und wir gehen in die neue Auseinandersetzung hinein, ohne auch nur zu wissen, wo und welches die Positionen der Mächte sind, mit denen wir zu tun haben. Die Demobilmachungsmaßnahmen für das Ruhrgebiet sind soweit wie möglich vorbereitet; aber wie wir heute morgen schon hervorhoben, niemand in Deutschland weiß ja bisher, wieweit uns die Einbrechermächte im Ruhrgebiet mitarbeiten lassen werden, und unter welchen Bedingungen. Daß Regierung und Volk alles tun, bis zum Aeußersten Opfer bringen werden, um das Ruhrgebiet zu befreien, ist selbstverständlich. Eine größere Ehrenaufgabe gibt es zur Stunde für unser Volk überhaupt nicht.

Doch auch in diesem Augenblick muß wieder ausgesprochen werden, daß um das, was nun kommen soll, um die Politik und die Entschlüsse, die jetzt notwendig werden, weithin in unserem Volk die tiefste Sorge herrscht. Der „Vorwärts" hat heute in einem sehr wohlmütigen Epilog schließlich weiter nichts zu sagen gemußt, als daß hinter dem Berg und aus den dunklen Wolken doch einmal wieder die Sonne hervorbrechen müsse, und daß im übrigen das Deutsche Reich, die Arbeitermassen und der internationale Sozialismus zusammengehören. Das kann nicht als Programm anerkannt werden, mit dem wir weiterkommen und das die Grundlage für Verhandlungen und Vereinbarungen mit unseren Gegnern bilden soll.

Das Vertrauen zu Stresemann ist im deutschen Volke noch groß.

Das Vertrauen zum Kabinett Stresemann wankt.

Wir hoffen, daß Stresemann Sieger bleibt.

Demobilisierung im Ruhrgebiet.

Im Laufe des heutigen Tages wird die Reichsregierung die ersten Verordnungen der Demobilisierung im Ruhrgebiet bekanntgeben. Ferner wird ein Aufruf der Reichsregierung an die Bewohner der besetzten Gebiete veröffentlicht werden, dem sich die Parteiführer der besetzten Gebiete anschließen werden.

Besonders schwierig liegen die Verhältnisse für die Demobilisierung bei den Eisenbahnen des Rhein- und Ruhrgebiets. Da die deutschen Eisenbahner durch Ausweisungen, Verhaftungen usw. größtenteils augenblicklich ausgeschaltet sind, erhebt sich die Frage, bei wem sich die Eisenbahner zur Arbeit zu melden haben. Die Eisenbahner lehnen es, wie der „Expreß-Korrespondenz" zuverlässig mitgeteilt wird, nach wie vor entschieden ab, in den Dienst der französischen und belgischen Eisenbahnregie zu treten. Wie wir weiter erfahren, werden die großen Eisenbahnerorganisationen voraussichtlich mit der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz in Verbindung treten und dort nachdrücklich verlangen, daß die Ausweisung und Verhaftung des Eisenbahnpersonals rückgängig gemacht wird, da mit dem im Rhein- und Ruhrgebiet verbliebenen Personal ein normaler Betrieb nicht aufgenommen werden kann. In diesen Tagen werden sich die großen Eisenbahnerspitzenorganisationen in einem Aufruf an ihre Mitglieder in den besetzten Gebieten wenden, in dem gleichfalls Richtlinien für die Wiederaufnahme der Arbeit gegeben werden sollen. Für eine gewisse Uebergangszeit erhalten die Eisenbahner ihre jetzigen erhöhten Bezüge weiter ausbezahlt. Alle Anweisungen, die seitens der großen Gewerkschaften und Organisationen an ihre Mitglieder im besetzten Gebiete in diesen Tagen ergehen werden, werden im Einvernehmen mit der Reichsregierung gefaßt.

Der Präsident der Völkerbundsversammlung teilte mit, daß die Versammlung ihre Arbeiten voraussichtlich am Sonnabend abschließen werde. Der Völkerbundsrat wird jedoch wahrscheinlich noch bis zu Beginn der nächsten Woche tagen.

*

Der Völkerbundsrat nahm in geheimer Sitzung von dem Projekt Kenntnis, das die Ansiedlung von 50 000 Armeniern in der armenischen Kaukasus-Republik empfiehlt. Das Völkerbundssekretariat wurde beauftragt, hierüber einen Bericht auszuarbeiten.

Bayerisches.

Der „Kampfbund gegen die Währungsbank.

TU München, 26. September.

In einem offenen Brief an die bayerische Regierung, unterzeichnet vom Deutschen Kampfbund, wird die bayerische Regierung aufgefordert, unter keinen Umständen bayerische Pfänder und bayerische Staatseinrichtungen und Staatsgewalten der privatkapitalistischen Berliner Währungsbankgründung zu unterstellen. Unterzeichner verlangen, daß, wenn eine Währungsbank errichtet werde, für Bayern ein eigenes, dem Staate und nicht Privatkapitalisten gehörendes Institut geschaffen werde. Unbedingte Ablehnung dieser Verfassungsversuche und sofortiges energisches Handeln sei dringend notwendig.

Zwei Aufrufe aus den Kreisen der [illegible]listischen deutschen Arbeiterpartei.

TU München, 26. September.

Im „Völkischen Beobachter" erläßt Fürst Karl Wrede einen Appell an die deutschen Reiter. Der Aufruf beginnt: Fertig zum Aufsitzen! Wer deutsch fühlt und noch ein geeinigtes großes deutsches Vaterland kennt, der helfe mit, es vor dem Marxismus, dem bolschewistischen Untergang zu retten. Schwere Reiter, Ulanen und Chevauleggers, alle anderen deutschen Reiter, deutsche Jugend, ohne Unterschied der Person, stellt Euch bereit für die kommende Zeit! Meldet Euch beim Sturmabteilungs-Reiterkorps der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. — Ein ähnlicher Aufruf ergeht an alle deutschen Automobilbesitzer. Die Leitung der Autostaffel der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gibt von heute ab Verpflichtungsscheine heraus, die durch ihre Geschäftsstelle zu beziehen sind. Alle deutschen Automobilbesitzer und Firmen geben in den Verpflichtungsscheinen ihre zu stellenden Wagen mit oder ohne Fahrer an. Werden Kraftfahrer gestellt, so kommen solche nur in Betracht, die im Besitz von Führerscheinen sind. — Letzterer Aufruf ist von der Leitung der Automobilstaffel der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei unterzeichnet.

Auch Hitler erläßt einen Aufruf.

TU München, 26. September.

Adolf Hitler erläßt nachstehenden Aufruf: An die Parteimitglieder! Nachdem ich mit dem heutigen Tage die politische Führung des Deutschen Kampfbundes übernommen habe, fordere ich die Parteigenossen auf, aus allen militärischen Verbänden, die nicht dem Kampfbund angehören, sofort auszutreten und in die Reihen der Sturmabteilung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, „Reichsflagge" oder „Oberland" einzutreten. Wer dieser Aufforderung binnen 10 Tagen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Verhaftung von Rechtsradikalen.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: die Berliner politische Polizei hob in der Nacht zum Mittwoch eine in einem Privathause tagende Versammlung von politisch rechtsstehenden Personen aus. Die Versammlung war zusammenberufen von den ehemaligen Leitern des verbotenen Berliner Selbstschutzes. Unter den Anwesenden befanden sich auch mehrere andere, der Polizei aus der Selbstschutzbewegung bekannte Personen. Da der Verdacht bestand, daß es sich bei der Versammlung um eine Veranstaltung des verbotenen Selbstschutzes handelte, sind die Teilnehmer, 19 an der Zahl, wegen Verstoß gegen das Gesetz vom 22. 3. 1921 und gegen § 128 des Strafgesetzbuches zum Polizeipräsidium gebracht, und hier einer eingehenden Vernehmung unterworfen worden.

Beschlagnahmte Devisen.

TU Hamburg, 25. September.

Die Polizeibehörde hat hier in der letzten Zeit außer verschiedenen kleineren Geldsorten folgende Devisen beschlagnahmt: 77 englische Pfund, 769 Dollars, 1204 holländische Gulden, 1003 nordische Kronen, 311 Schweizer Franken, 828 französische und belgische Francs, 1134 tschechische Kronen, 10 143 ungarische Kronen, 1 516 438 österreichische Kronen, 147 Milreis, 235 Peseten, 1659 finnische Mark, 126 826 polnische Mark, 19 755 Rubel und 80 Piaster.

MULTIGRAPH
Rotations-Bürodruckmaschine mit Setzautomat.
Liefert alle für Bankhäuser wichtigen Formulare wie:
Börsenberichte, Kurszettel, vertrauliche Mitteilungen, Einzahlscheine, Quittungen,
in Farbband und Buchdruck.
Von vielen Banken des In- und Auslandes glänzend begutachtet.
Verlangen Sie Musterarbeiten und kostenlose Vorführung durch
Deutsche Multigraph-Gesellschaft m. b. H., (4612-23)
Berlin W. 8, Krausenstraße 70,
und ihre Zweigstellen.